

Wirtschaftsrat der CDU e.V. – Luisenstraße 44 - 10117 Berlin

Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Telefon: 0 30 / 240 87 - 100
a.hamker@wirtschaftsrat.de

Frau Präsidentin
Dr. Ursula von der Leyen
Europäische Kommission
Rue de la Loi 200
1049 Brussels, Belgium

Astrid Hamker
Präsidentin

Wolfgang Steiger
Generalsekretär

Zukunft der Industrie in Europa

19. April 2026

Sehr geehrte Frau Präsidentin von der Leyen,

Europa steht an einem industriepolitischen Wendepunkt: Ohne wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen droht der schleichende Verlust der industriellen Basis unseres Kontinents. Besonders sichtbar ist diese Entwicklung zunächst in energieintensiven Grundstoffindustrien, sie greift inzwischen jedoch zunehmend entlang ganzer Wertschöpfungsketten um sich. Branchen wie Chemie, Stahl oder Automobil erreichen bereits historisch niedrige Produktionsniveaus. Diese Entwicklung ist nicht nur ein wirtschaftspolitisches Warnsignal, sondern ein klarer Handlungsauftrag.

Eine starke Industrie ist nicht nur unverzichtbar für Wachstum, Arbeitsplätze, Europas Verteidigungs- und strategische Handlungsfähigkeit, sondern auch Grundlage für technologische Souveränität Europas. Angesichts der Aggression Russlands, einer zunehmend unberechenbaren internationalen Handelspolitik und der geopolitischen Spannungen im Nahen Osten mit ihren Folgen für die Energieversorgung, steht die EU jetzt vor wirtschaftspolitischen Richtungsentscheidungen. Gleichzeitig treffen Unternehmen in dieser Phase Grundsatzentscheidungen für oder gegen Investitionen in der EU. Dabei belasten vor allem dauerhaft hohe Energiekosten, übermäßige Regulierung, fragmentierte europäische Märkte und wachsende Handelskonflikte die wirtschaftlichen Aktivitäten in der EU. Vor diesem Hintergrund braucht es in den kommenden Monaten von der Europäischen Kommission sichtbare und konkrete Taten für bessere wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen.

In den letzten Jahren war die EU-Gesetzgebung vor allem von Misstrauen gegenüber der Wirtschaft geprägt. Umso mehr begrüßen wir ausdrücklich die von Ihnen erklärte Zielsetzung zur Vereinfachung und zum Abbau von Regulierung, der sich in den vorgelegten und weiteren angekündigten Omnibus-Paketen widerspiegelt. Dieser Reformkurs darf nicht an Widerständen innerhalb der europäischen Institutionen scheitern. Der Abbau ineffizienter und übermäßiger Regulierung ist das zentrale politische Projekt der kommenden Jahre, dieser Simplifizierungsansatz muss sich als Leitmotiv auf allen Ebenen der europäischen Institutionen wiederfinden.

Von nun an müssen die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Investitionsstandortes Europa zentrales Leitprinzip der europäischen Politik sein. Bürokratierückbau, wettbewerbsfähige

Präsidium

Astrid Hamker (Präsidentin)
Thomas Saueressig (Vizepräsident)
Bettina Würth (Vizepräsidentin)
Dr. Joachim Freiherr von Schorlemer (Schatzmeister)

Paul Bauwens-Adenauer, Rainer Berthan,
Dr. Nikolaus Breuel, Heike Eckert, Dr. Jürgen M. Geißinger,
Joachim Gemmel, Bonita Grupp, Christian W.E. Haub,
Prof. Dr. h.c. mult. Roland Koch, Joachim Rudolf,
Dr. Stefan Schulte, Christian Sewing, Wolfgang Steiger,
Dr. Michael Strügl, Christian Freiherr von Stetten MdB,
Dr. Karsten Wildberger

Steuernummer:
27/026/30140
Vereinsregister:
Amtsgericht Charlottenburg
VR 20970 B

Konto:
Deutsche Bank AG
IBAN DE31 3807 0059 0310 0476 00
BIC DEUTDE33

Energiepreise, die stärkere Integration des Europäischen Binnenmarktes und die strategische Ausrichtung auf Außenwirtschaftsinteressen sind hierfür der Schlüssel. Daher fordern wir:

1. **Simplifizierung des EU-Rechts fortsetzen:** Die angestoßenen Omnibus-Verfahren müssen fortgesetzt werden. Zudem ist eine umfassende Überprüfung des bestehenden EU-Rechts einschließlich der Delegierten Rechtsakten hinsichtlich der Belastungen für die Wirtschaft erforderlich. Bei neuen Initiativen muss der Simplifizierungsansatz Leitgedanke sein.
2. **Regulierungsmoratorium einrichten:** Grundsätzlich sollte die Europäische Kommission hinterfragen, ob und in welchem Umfang ein regulatorischer Handlungsbedarf auf EU-Ebene tatsächlich besteht. Deshalb braucht es ein Regulierungsmoratorium. Das Initiativrecht der Europäischen Kommission ist keine Initiativpflicht.
3. **Wettbewerbsfähigkeit als Zielbild von Regulierung:** Neue regulatorische Vorgaben sollten nur bei klar begründetem Handlungsbedarf erfolgen. Zudem braucht es Sunrise- und Sunset-Klauseln, um Regulierung zeitlich zu begrenzen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft muss dabei das zentrale Leitprinzip sein. Politische Zielkonflikte, wie bei der Kommunalabwasserrichtlinie, dürfen nicht länger zur einseitigen Belastung ganzer Branchen werden.
4. **Wettbewerbsfähige Energiepreise:** Europa braucht eine technologieoffene Energiepolitik, die alle verfügbaren Energiequellen nutzt und das Energieangebot deutlich ausweitet. Der europäische Strommarkt sollte stärker integriert und langfristige Stromlieferverträge zwischen Industrie und Energieerzeugern erleichtert werden.
5. **Emissionshandel (ETS) wettbewerbsfähig gestalten:** Der Emissionshandel bleibt ein zentrales Instrument der europäischen Klimapolitik, muss aber stärker an die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie ausgerichtet werden. Angesichts des aktuellen geopolitischen und geoökonomischen Umfelds gehören die Übergangsphase kostenfreier Zertifikatzuteilungen verlängert und die Reformzeitschiene angepasst. Dabei sollten die europäischen Klimaanstrengungen an die Klimaanstrengungen der anderen Industrieländer gekoppelt werden.
6. **Europäischen Binnenmarkt vertiefen:** Der Binnenmarkt ist die ökonomische Stärke der EU. Bestehende Hürden müssen mit einem ehrgeizigen Programm der Europäischen Kommission abgebaut werden, um der europäischen Wirtschaft die Wachstumschancen ihres Heimatmarktes zu bieten. Zudem braucht es einen Finanzbinnenmarkt, allen voran eine Kapitalmarktunion, über die Finanzierungsquellen erschlossen, privates Kapital mobilisiert und grenzüberschreitende Investitionen erleichtert werden. Hier braucht es dringend konkrete Fortschritte.
7. **Außenwirtschaftsinteressen strategisch verfolgen:** Europas Wirtschaft ist in globale Wertschöpfungsketten eingebunden und auf offene Märkte angewiesen, insbesondere auf der Zulieferseite von Vorprodukten. Abschottung, etwa durch „Made in EU“-Vorgaben im Industrial Accelerator Act, ist daher der falsche Weg. Wettbewerb stärkt Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Gegen unfaire Handelspraktiken verfügt die EU bereits über wirksame handelspolitische Instrumente, die konsequent genutzt werden müssen.

Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen, um diese Forderungen erörtern zu können.

Mit freundlichen Grüßen



Astrid Hamker
Präsidentin



Wolfgang Steiger
Generalsekretär